

Medienmitteilung

Familienzulagengesetz: Gegner-Komitee gegründet

In Bern hat sich heute ein bürgerliches Aktionskomitee gegründet, das verfehlte Familienzulagengesetz in der Volksabstimmung vom kommenden 26. November 2006 verhindern will.

Dem Gremium gehören mittlerweile über 60 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Reihen der FDP, SVP, LPS und SD an. Das Kopräsidium setzt sich aus den folgenden acht Persönlichkeiten zusammen: Ständerätinnen Erika Forster-Vannini und Françoise Saudan, Nationalräte Adrian Amstutz, Serge Beck, Toni Bortoluzzi, Edi Engelberger, Guy Parmelin und Marcel Scherrer.

Das Komitee wird seine Kampagne gegen das missglückte Familienzulagengesetz am kommenden 11. Oktober 2006 an einer Medienkonferenz in Bern lancieren.

Das Komitee wirbt insbesondere mit folgenden Argumenten für eine Ablehnung des Gesetzes:

- Der Wirtschaft – vor allem den KMU – entstehen alljährliche Mehrkosten von mindestens 600 Millionen Franken. Diese Mehrkosten müssen auf die Löhne überwält werden. Der Lohndruck nimmt zu, die Güter werden teurer. Ende Monat bleibt weniger Geld im Portemonnaie.
- Familien brauchen gute Rahmenbedingungen, keine aufgeblähten Umverteilungsapparate. Tiefe Steuern und gute Betreuungsangebote sind hilfreicher als marginal höhere Zulagen.
- Milliardenschulden belasten die IV, die Arbeitslosenversicherung und viele Pensionskassen. Die Finanzierungsperspektiven der AHV sind düster. Für eine neue Sozialversicherung fehlt das Geld.
- Bereits heute werden 230 000 Familienzulagen ins Ausland exportiert. Der Schweizer Wirtschaft geht eine halbe Milliarde Franken an Kaufkraft verloren. Mit dem Gesetz müssen noch mehr Zulagen ins Ausland transferiert werden.
- Die föderalistische Ausgestaltung der Familienzulagen hat sich bewährt, das System ist leistungsfähig und verlässlich. Alle kantonalen Regelungen wurden demokratisch beschlossen sowie bürgernah und bedürfnisgerecht ausgestaltet.
- Der geplante Ausbau erfolgt nach dem Giesskannenprinzip. Viel Geld versickert nutzlos. Die knappen Mittel müssen gezielter und wirkungsvoller eingesetzt werden – für Familien und Kinder.
- Die suggerierte Harmonisierung der Zulagenregelungen findet nicht statt. Das Gesetz ist eine Moglepackung.

Für weitere Auskünfte:

- Patrick M. Lucca, Kommunikationsleiter des SGV, Tel. 031 380 14 42 / 079 464 38 59